

Wir laden ein zu Vortrag & Diskussion Das höhere Bildungswesen im Kapitalismus: Ausbildung und Einbildung der Elite

Das moderne Gemeinwesen bezeichnet sich stolz als „Wissengesellschaft“, die auf der umfassenden Erkenntnis ihrer selbst und der sie umgebenden Natur beruht. In der Tat kann man an hiesigen Hochschulen fast alles studieren, von Atomphysik bis Zahnmedizin, von Altertumswissenschaft bis Volkswirtschaftslehre. Anlass, sich dem Selbstlob dieser Gesellschaft anzuschließen, ist das aber noch lange nicht.

Es gibt etliche Studiengänge, und zwar die am meisten frequentierten wie Betriebswirtschaftslehre oder Rechtswissenschaften, da kann man schon an dem *Studium* selbst merken, mit was für einer *Gesellschaft* man es zu tun hat; da verraten schon Modulhandbuch und Stundenplan den Klassen- und Herrschaftscharakter einer Gesellschaft, die so ein Wissen braucht. Und die verlangt offensichtlich ein Heer von *wirtschaftswissenschaftlich* ausgebildeten Handlangern der innerbetrieblichen Ausbeutung und zwischenbetrieblichen Konkurrenz, von *rechtskundigen* Agenten der Herrschaft, von in Sozialer Arbeit qualifizierten Profis der Elendsverwaltung und Integration gesellschaftlicher „Randgruppen“, und nicht zuletzt, von *geisteswissenschaftlich* gebildeten Profis in Sinnstiftung für Konkurrenzsubjekte und Staatsbürger.

Bei etlichen anderen Studiengängen, den *Natur- und Ingenieurwissenschaften*, gibt spätestens der *Beruf* Auskunft über den gesellschaftlichen Stellenwert des im Studium gelernten objektiven Wissens über die Natur und seine technologische Anwendung. Das Heer von Naturwissenschaftlern, Technikern und Ingenieuren, das die Unternehmen und der Staat beschäftigt, zeugt von dem Nutzen für die hierzulande herrschenden Interessen: von ihren Beiträgen für den unternehmerischen Erfolg in der nationalen und internationalen Konkurrenz und von ihren Diensten für den Staat in Sachen Standortpflege und militärischer Staatenkonkurrenz.

Der Vortrag zum höheren Bildungswesen führt exemplarisch an einigen Studiengängen den intellektuellen Bedarf dieser Gesellschaft vor: Was die zukünftige akademische Elite an der Hochschule lernt, und von was für einer Gesellschaft das vermittelte Wissen zeugt. Vielleicht ist er damit auch ein Beitrag zur Aufklärung einer Studentenschaft, die sich gerne über die Studienbedingungen beklagt, die der Staat in dem vergangenen Jahrzehnt mit seinen „Bologna-Reformen“ einschneidend verändert hat, aber an dem Studium selbst nichts zu kritisieren hat.

Gastreferent: Prof. Dr. Egbert Dozekal

Frankfurt/Main: Mittwoch, 03.11.2010
Uni Campus Bockenheim, Studierendenhaus (KOZ)
Beginn: 19:30 Uhr

Marburg: Donnerstag, 28.10.2010
Hörsaalgebäude, HS 6
Beginn: 20:00 Uhr

Eintritt frei!

Forum GEGENSTANDPUNKT auf RadioX

Jeden 1. und 3. Montag im Monat von 15:00 bis 16:00 Uhr
sowie jeden 1. und 3. Dienstag im Monat von 9:00 bis 10:00 Uhr
FM: 91,8 Kabel: 99,85

Radiobeiträge und Vorträge von **farbeROT** und **GEGENSTANDPUNKT**
können kostenlos als .mp3 auf

www.farberot.de
heruntergeladen werden.

Aktuelle Sendungen:

- **'Bedingungsloses Grundeinkommen'**
- gegen Armut und Arbeitslosigkeit
- Sorgen um den rechten Geist des Kapitalismus
- **Mindestlohn - Leiharbeit - Bürgerarbeit**
- neueste Fortschritte im Bereich der Sozialpolitik

Audiomitschnitte von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen des **GEGENSTANDPUNKT**-Verlags zu aktuellen und grundlegenden Themen des Weltgeschehens lassen sich auf

www.argudiss.de
kostenlos herunterladen.

Leseprobe aus dem GEGENSTANDPUNKT 2-10:

„Arbeit muss sich wieder lohnen!“ Nach fünf Jahren Hartz-IV: Neuer Reformbedarf auf dem Weg Deutschlands in das Ausbeutungsparadies „Billiglohnland“

Zum Jahrestag der Hartz-IV-Gesetzgebung zieht die Nation Bilanz – und die fällt nicht eben überzeugend aus: Angeregt durch das Verfassungsgerichts-Urteil vom 9.2.10, das Teile der Regelungen verwirft, melden Politik und Öffentlichkeit allenthalben Verbesserungsbedarf an: zu viele rechtliche Einsprüche, zu kompliziert, zu lasch, keiner blickt mehr durch, zu teuer, zu ineffizient, unwürdig usw. usf. So richtig in Atem hält die Republik letztlich aber der Außenminister mit seiner Warnung, dass auch in heutigen Zeiten dem Volke keinesfalls „anstrengungsloser Wohlstand“ versprochen werden dürfe. Das wollte ihm dann so gut wie keiner durchgehen lassen: Das Leben mit Hartz-IV-Bezügen – ein „*altrömisch-dekadentes*“ Zuckerschlecken? Hohe Zeit also für beißende Ironie und kritische Fragen an den FDP-Vorsitzenden: Pauschale Verunglimpfung der Unterschicht, die es in der Krise schwer genug hat, das geht nicht, zumal „wir“ natürlich sofort gemerkt haben, dass Westerwelle mit den „provokanten Äußerungen“ nur seine schlechten Umfragewerte aufpeppen wollte. Die öffentliche Zurechtweisung des Außenministers durch die Kanzlerin: „*Das sind nicht meine Worte.*“, hat moralische Gemüter einigermaßen zufrieden gestellt, letztlich verstellt sie aber den Blick erstens auf eine nüchterne Bilanz, die über die „tiefgreifendste Sozialreform der letzten Jahrzehnte“ und ihre Bedeutung für Arbeiten und Leben in dieser Republik zu ziehen wäre. Und zweitens auf die Reformperspektiven, mit denen die schwarz-gelbe Regierung an die sozialpolitischen Leistungen ihrer Vorgänger anknüpfen will.

*

Die Bilanz des Wirkens der vier „Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“, welche den Namen des Ex-VW-Personalchefs tragen, und der Agenda 2010 ist überzeugend: Die Verfügung über Arbeit zum Zwecke der Vermehrung des Geldes der Anwender ist in Deutschland billiger geworden, und die Verfügung über Arbeitskräfte ist von so gut wie allen lästigen sozialpolitischen Schranken befreit worden: Wer will und kann, darf Arbeitskräfte zu jedem Preis anheuern, so lang und so kurz, wie er es braucht, Arbeiter dürfen verliehen, geringfügig oder mit grenzenloser Überarbeit, als Tagelöhner usw. beschäftigt. Wir laden ein zu Vortrag und Diskussion: Das höhere Bildungswesen im Kapitalismus: Ausbildung und Einbildung der Elite werden, und zwar hochoffiziell, rechtlich, oft tarifvertraglich geregelt, und so von jedem Ruch illegaler Ausbeutung befreit. Und: Stets finden sich genügend Menschen, die das auch tun müssen. Zu verdanken haben die Anwender von Arbeit diese paradiesischen Zustände dem erfolgreichen Zusammenwirken ihrer eigenen ökonomischen Erpressungsmacht, welche sie mit der Schaffung von Millionen Überflüssiger gesteigert haben, und Schröders rot-grüner Reformmannschaft, die ihr Tun der Entfaltung dieser privaten Erpressungsmacht widmet. Aus der Massenarbeitslosigkeit zur Mitte des Jahrzehnts zieht die nämlich einen sinnigen Schluss: Wenn Millionen dauerhaft marktwirtschaftlich überflüssig sind, muss das an „Beschäftigungshindernissen“ liegen, die man auf den „zu teuren“ Sozialstaat, also auf Leistungsansprüche von alten, kran-

ken oder arbeitslosen Versicherten und auf eine „verkrustete, überregulierte“ staatliche Geschäftsordnung des Arbeitsmarkts zurückführt.

Wenn in Deutschland rentabler gearbeitet werden soll, muss Arbeit billiger und freier verfügbar werden!, lautet das vorwärtsweisende Credo der Sozialpolitiker, die mit zahllosen „Strukturreformen“ nicht nur die Lohnnebenkosten senken, sondern neuen Lohnarbeiterexistenzen wie Leih- und Zeitarbeitern zum Durchbruch verhelfen. Schließlich soll die Freiheit kapitalistischer Kalkulation entfesselt werden – durch ein Billigangebot an die Unternehmer, die dieses seither vom Handwerker bis hinauf zum multinationalen Konzern weidlich nutzen, so sehr, dass Kanzler Schröder schon 2005 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos in aller Bescheidenheit damit für seinen Standort werben:

„Wir haben einen der besten Niedriglohnssektoren aufgebaut, den es in Europa gibt!“

–, nicht zuletzt dank der Krönung dieses edlen Reformwerkes, dem vierten „Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ – von unverbesserlichen Sozialromantikern als „Armut per Gesetz“ beschimpft. Den innovativen Regierenden gelingt es mit der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, die bundesdeutsche Gesellschaft um einen neuen Typus von Elendsgestalt zwischen Arbeitslosigkeit und Erwerbsarbeit zu bereichern: weder arbeitslos mit Aussicht auf reguläre Beschäftigung, noch sozialpolitisch als Muster ohne Wert endgültig abgeschrieben. Arbeitsfähigen Arbeitslosen nämlich zeichnet das neue Gesetz einen beeindruckend flotten Karriereweg vor: Nach etwa einem Jahr Arbeitslosigkeit ist das Arbeitslosengeld I zu Ende. Damit ist Schluss mit *Lohnersatzleistungen* (einem Prozentsatz vom bisherigen Lohn) und der damit verknüpften Perspektive und Hoffnung auf eine Neuanstellung, die in Sachen Geld und Qualifikation ungefähr der bisherigen entspricht. Die Behörde fällt das Urteil, dass aus diesem Menschen kein regulär Beschäftigter mehr wird und stürzt den nunmehr *Langzeitarbeitslosen* in eine neue sozialstaatliche Welt: Sie *fordert* den weitgehenden Verzehr des Privatvermögens, ehe der „Kunde“ der Arbeitsagentur ein staatlich definiertes Existenzminimum gewährt bekommt. Allerdings nicht einfach so: Gratis dazu erhält der „Kunde“ die „Förderung“ von Beschäftigung – dies die höfliche Umschreibung für den staatlichen *Zwang*, jede Arbeit und Umschulung anzunehmen, die vom Fallmanager angeboten wird. Fällt dabei ein „Hinzuverdienst“ an, darf der Hartz-IV-Empfänger mit ihm dazu beitragen, die staatlichen Unkosten für den Erhalt seiner kapitalistisch überflüssigen Person zu *senken*: Der Staat zieht den „Hinzuverdienst“ vom Regelsatz der Grundversorgung ab. Für seine gute Tat darf der Hinzuverdiener etwas vom Verdiensten behalten, seine einzige Möglichkeit, sich aus dem Leben unter Regelsätzen etwas herauszuarbeiten. Diese sinnreiche Kombination von „Fordern und Fördern“ stellt das stehende Millionenheer der Hartz-IV-Empfänger in den neuen Status zwischen Arbeitslosigkeit, Arbeitszwang und -gelegenheit, worin es

Fortsetzung von Seite 1: „Arbeit muss sich ...“

einen wesentlichen Dienst verrichtet. Es erlaubt Kapitalisten aller Couleur eine aussichtsreiche Kalkulation: Man tritt staatlich drangsalierten Arbeitslosen gegenüber, denen jede Kalkulation in Sachen Bezahlung verboten ist, und bezahlt dementsprechend. So reißen alle möglichen Formen von Billigbeschäftigung ein; der Staat selbst geht mit gutem Beispiel voran, exerziert mit kommunalen 1-Euro-Jobs vor, wie er sein Zwangsregime meint, und dass auch schäbigste Bezahlung weder den Geber noch den Nehmer von Arbeit schändet.

Leute zu elenden Bedingungen für ein paar Euro die Stunde anstellen, das haben einzelne Arbeitgeber auch vor Hartz-IV betrieben. Jetzt, wo von Staats wegen massenhaft Leute existieren, die zu jedem Preis arbeiten müssen, wird dieses vornehme Geschäft in einem der „reichsten Länder der Welt“ *allgemeine Übung*: Zahllose Gewerbetreibende schaffen nicht nur neue Unternehmungen, für deren Wachstum sie sich von vornherein auf dem neuen Hartz-IV-Arbeitsmarkt bedienen. Als findige Nutznießer der staatlichen Freiheiten sorgen sie auf noch andere Art für eine schlagartige Vermehrung derartiger Arbeitsverhältnisse: Sie entlassen Stammebelegschaften, um sie in neu gegründeten Subunternehmen billiger wieder einzustellen; sie ziehen neue Abteilungen mit neuem Billigpersonal hoch usw. Dergestalt wandeln sie haufenweise reguläre Beschäftigung in niedriger bezahlte um, sodass darüber neue Billiglohn-Branchen entstehen, deren Dienstleistungen wiederum bei allen kapitalistischen Unternehmen kostensenkend wirken. So holt man mieseste Arbeit ohne Lohngrenze nach unten endgültig aus der „Schmuddelecke“ der bundesdeutschen Gesellschaft.

*

So weit, so gut: Deutschland hat 2010 nicht nur einen Niedriglohn-Sektor, es ist ein veritables, hochmodernes Niedriglohn-Land geworden: Hungerlöhne in manchen Branchen und der Druck der Arbeitslosen wirken segensreich auf das nationale Lohnniveau *insgesamt*, sodass Hightech-Kapitalproduktivität, billige Löhne und alle Freiheiten im Umgang mit der Arbeitskraft, die man vormals mit dem Unwort „Manchester“ zu titulieren pflegte, in schönster Koexistenz leben. Aus den *Verheißungen*, welche mit der Etablierung der

ist von etwa 5 auf 3,5 Millionen gesunken. Die Zahl der Bedürftigen, die auf staatliche Grundsicherung nach Hartz-IV angewiesen sind, hat dabei aber nicht abgenommen, im Gegenteil: Heute arbeiten Millionen in Beschäftigungsverhältnissen, deren gemeinsamer Nenner die *systematische Trennung* des Lohnes von seiner Funktion ist, seinem Beziehung einen Lebensunterhalt zu gewähren. Sie bilden den neuen, sozialpolitisch anerkannten Stand der *working poor*.

Zufrieden sind die politisch Verantwortlichen im Zieljahr der Agenda 2010 mit ihrer Reform dennoch nicht – und zwar *wegen* ihres Erfolgs. Vor fünf Jahren hat man eine abschreckend niedrige Grundsicherung eingeführt, um die Arbeitslosen zu zwingen, sich irgendeine Arbeit zu suchen; und man ist davon ausgegangen, dass diejenigen, die Arbeit finden, aufhören „Kunden“ der Arbeitsagentur zu sein; dass diejenigen aber, die keine richtige Anstellung finden und auf Hartz-IV angewiesen bleiben, mit ihren hinzuverdienten Euros die Unkosten senken helfen, die ihr Leben dem Staat verursacht.

Dank des etablierten Niedriglohnsektors erscheint die Trennung zwischen Arbeitslosen, die Unterstützung brauchen, und Arbeitsplatzbesitzern, die Steuern zahlen, antiquiert; daher erscheint auch das Anreizsystem, mit dem die Behörde ihre Kunden zur Aufnahme von Arbeit motiviert, nunmehr kontraproduktiv und soll korrigiert werden:

„Der Koalitionsvertrag sieht eine deutliche Verbesserung der sog. ‚Hinzuverdienstregelungen‘ in der Grundsicherung für Arbeitssuchende vor, um den Anreiz zur Aufnahme einer voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zu erhöhen. Ziel ist es zu verhindern, dass sich Langzeitarbeitslose mit geringfügiger Beschäftigung zufrieden geben und in Minijobs verharren. Die Hinzuverdienstgrenzen sollen so gestaltet werden, dass sie stärker zu einer Vollzeitbeschäftigung motivieren.“

(Kabinettsvorlage, FAZ, 21.4.)

Die noch gültigen Hinzuverdienstregelungen gehen davon aus, dass die Grundsicherung mit ihren 350 Euro plus Wohngeld für nicht oder kaum beschäftigte Arbeitnehmer das passende Maß des Lebensunterhalts ist, dass richtig beschäftigte dagegen viel mehr verdienen und auf eigenen Füßen stehen. Hartz-IV-Empfänger dürfen daher von den ersten 400 hinzuverdienten Euros einen größeren Prozentsatz behalten, damit sie überhaupt einen Anreiz zur Arbeit haben; vom Lohn aber, der darüber hinausgeht, müssen sie mehr abgeben, weil sie ja schon die Grundsicherung und obendrein ihr selbst verdientes Taschengeld beziehen. Diese Abstufung wird jetzt als „Beschäftigungshindernis“ ins Visier genommen: Man habe, heißt es, die Annahme von Minijobs belohnt; die Aufnahme von mehr Arbeit bis hin zu Vollzeitstellen aber bestraft, weil der Mensch nicht oder kaum über die Grundsicherung hinauskommt, wenn er den größten Teil des Verdienten bei der Staatskasse abliefern muss bzw. von seiner Sozialhilfe abgezogen bekommt. Vorbei ist eben die Zeit, in der sich ein Vollzeit-Beschäftigter daran nicht stören musste, weil er sowieso viel mehr als diese Hungerration verdient und sich gerne aus der Sozialhilfe verabschiedet: Mehr als das Grundsicherungsniveau wird in vielen Branchen auch für die volle Arbeitswoche nicht mehr bezahlt.

Historisch überholt sind auch die Bedenken des damaligen Arbeitsministers Münte-

fering dagegen, dass Leute, die mehr oder weniger Vollzeit arbeiten, dennoch „Anspruch auf ergänzende Leistungen“ nach Sozialgesetzbuch II haben sollten. Er witterte da Missbrauch durch die Herren Unternehmer,

die Millionen armer Schlucker, die „von der Stütze wegkommen wollen“ und dafür jedes staatliche und private Angebot annehmen. So gesehen ist es ein großzügiges Angebot an die *working poor*, dass sie mehr arbeiten und verdienen dürfen, ohne dass ihnen das Verdien-

te gleich wieder weggenommen wird. Der Spruch, mit dem Sozialpolitiker ihre Initiative verkaufen – „Arbeit muss sich wieder lohnen!“ –, zeigt eine zynische Fürsorglichkeit: Arbeit, die sich für den Arbeitenden noch nicht einmal in dem trostlosen Sinn lohnt, dass sie ein Existenzminimum abwerfen würde, lohnt sich dadurch, dass das resultierende Kombi-Einkommen zu irgendeinem Betrag über der Hartz-IV-Grundsicherung liegt. Dass auch das eine echte Hilfe ist, lassen sich Presse und TV von ausgesuchten Musterexemplaren des neuen sozialstaatlichen Leitbilds bezeugen: Sie zerren arme Wichte, die genötigt und bereit sind zu „Nehme jede Arbeit!“, ans Licht der Öffentlichkeit, animieren sie dazu, das Vorurteil, sie seien faul, zu dementieren und

Der **GEGENSTANDPUNKT-Verlag** veranstaltet einen regelmäßigen öffentlichen Diskussionstermin „**Jour Fixe**“. Dort bietet sich die Gelegenheit, mit den Redakteuren über aktuelle Themen des Weltgeschehens zu debattieren.

Frankfurt:
im DGB-Gewerkschaftshaus,
Wilhelm-Leuschner-Strasse 69
(Nähe Hbf), Zugang über den Hof
Zeit: Jeweils Montag, 19:30 Uhr
08.11. / 22.11. / 13.12.2010

Darmstadt:
im Linkstreif „Georg Fröba“, Landgraf-Philipp-Anlage 32 (links gegenüber dem DGB-Haus)
Zeit: Jeweils Montags bzw. Dienstags, 19:00 Uhr
Mo. 8.11. / Di. 23.11. / Di. 14.12.2010

Marburg:
Do. 04.11.2010, 19:00 Uhr, Treffpunkt: Foyer der Philosophischen Fakultät (Wilhelm-Röpke-Straße 6),
Thema: Atomkraft im nationalen Energiemix - Eine Waffe in der imperialistischen Staatenkonkurrenz.
Gute Gründe das Vertrauen in Politik und Wirtschaft zu kündigen! (Siehe: <http://www.gs-marburg.de>)

Weitere Städte:
<http://www.gegenstandpunkt.de/jourfixe/jourfixe.html>

die ihre Arbeitskräfte regulär benutzen und die Kosten für deren Lebensunterhalt beim Staat abladen. Er forderte, solche „Mitnahmeeffekte“ nicht zu dulden und Vollzeit-Beschäftigung unterhalb eines Mindestlohniveaus zu unterbinden. Die schwarz-gelbe Regierung habe das nie unterstützt, jetzt propagiert sie offen den sozialpolitischen „Paradigmenwechsel“: Sie verabschiedet den Arbeitslosen als entscheidende Problemfigur der Arbeitsmarktpolitik und die Vermittlung in Arbeit als deren große Aufgabe; an ihrer Stelle kürt sie den „Aufstocker“ zum Sorgeobjekt und zur neuen Leitfigur. Die Betroffenen müssen sich also umstellen und lernen, als was sie bei der Politik allenfalls noch Verständnis finden können:

„Langzeitarbeitslose müssen von der Vorstellung loskommen: ‚Ich habe Hartz IV und verdiene was dazu.‘ Stattdessen muss es einen Anreiz geben zu sagen: ‚Ich verdiene so gut es geht, und wenn es nicht reicht, dann zahlt die Gemeinschaft was dazu.‘“
(Arbeitsministerin von der Leyen, SZ, 14.1.)

Die Arbeitsministerin belehrt eben vor allem darüber, von welchen „Vorstellungen“ die Politik selbst „loskommen“ will: Zuerst von der Vorstellung, man müsse vom Arbeitslohn irgendwie doch auch *leben* können; das ist, dem Wirtschaftsweisen Hans Werner Sinn vom Münchner IFO-Institut zufolge, eine rückwärtsgewandte, rundum „dumme Idee“. Zweitens muss die Politik davon loskommen, die Arbeitslosen zu versorgen und zu verwalten; die Alimentierung von Überzähligen ist eine unproduktive Verschwendung von Staatsgeldern. Stattdessen soll sie *rentable*, also *billige Lohnarbeit mobilisieren*; irgendeine Anwendung, wenn Arbeit nur billig genug ist, wird sich schon finden – und das kleine Problem, dass von solcher Arbeit kein Mensch mehr leben kann, bewältigt die Politik mit einer Kombination aus privat gezahltem Lohn und öffentlicher Sozialhilfe.

Natürlich verklickern demokratische Politiker die geplante Reform den Betroffenen als großartigen Dienst an ihnen. Sie wissen um die Qualität ihres Armutregimes und

ihre Ehre in die Versicherung zu legen, dass ihnen das Wichtigste ist, überhaupt arbeiten zu dürfen. Mit dem geplanten Kombilohn könnten sie es sich besser leisten, für einen Hungerlohn zu arbeiten und dennoch überleben. Ist das nicht schön!

*

Dass darüber weder die Arbeitslosigkeit verschwindet noch der Kreis von Grundsicherungsberechtigten kleiner wird, ist absehbar. Aber darum geht es auch nicht: Die schwarz-gelbe Regierung baut den Niedriglohnsektor aus und macht ihn zu einem Teil der geregelten deutschen Normalität, wenn sie auf ihre Weise dafür sorgt, dass „Arbeit sich wieder lohnt“:

– Für die arbeitenden Armen, denen die Staatsgewalt einen unhaltbaren Lebensunterhalt auf niedrigstem Niveau haltbar macht; sie können und müssen mehr solche Arbeitsangebote annehmen.

– Für die Unternehmer sowieso, denen ein Teil der Unkosten für die Verfügbarkeit ihrer Arbeitskräfte abgenommen wird; sie haben einen schönen Anreiz, mehr solche Arbeitsplätze anzubieten.

– Und für den Staat selbst, der den nationalen Preis der Arbeit senkt und eine entscheidende Standortqualität und Wachstumsbedingung stärkt.

Dafür will die Arbeitsministerin auch in Krisenzeiten Geld in die Hand nehmen: Das Wachstum des Niedriglohnsektors voranzutreiben ist kein Sparprogramm. Es *kostet Geld*, das sich ein Staat leisten können muss. Geld, das allerdings auch gut angelegt ist – für eine Standortwaffe im internationalen Vergleich der Arbeitslöhne.

Artikel aus der politischen Vierteljahresschrift *GEGENSTANDPUNKT. Verlagsprogramm und weitere Artikel im Internet unter www.gegenstandpunkt.com*. Auf den Veranstaltungen sind kostenlose Probeexemplare erhältlich.

V. i. S. d. P.: A. Jantz, Taunusstr. 91, Neu-Anspach
Kontakt unter: webmaster@farberot.de

GEGENSTANDPUNKT & Diskussion

Sarrazin und der öffentliche Streit um ‚Integration‘ und eine angemessene nationale Bevölkerungspolitik:

Ein Lehrstück über die Unzufriedenheit der herrschenden Elite und den praktischen Umgang des Staats mit Prekariat und Migranten

Referent: Dr. Rolf Röhrig
(Redaktion GEGENSTANDPUNKT)
Mittwoch, 24.11.2010, 19:00 Uhr,
Gewerkschaftshaus, Frankfurt
Wilhelm-Leuschner-Straße 69
Zugang über den Hof

Eintritt frei!

Nähere Informationen zu dieser Veranstaltung finden sich unter www.farberot.de

Hartz-Gesetze dem (arbeitslosen) Volk verabreicht wurden, ist etwas geworden; allerdings wohl etwas *anderes*, als die Betroffenen, die auf eine Rückkehr in den sogenannten ersten Arbeitsmarkt setzten, sich erhofft haben: Die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen